UT vom 15.5.13

»Wir sind keine Baummörder«

Heftiger Schlagabtausch im Parlament über Bebauungsplan für Housing Area – Keller weist Grünen-Kritik zurück

Friedberg (jw). Um 22.15 Uhr platzte Bürgermeister Michael Keller der Kragen. Statt das Tischmikro zu benutzen, eilte er ans Rednerpult und donnerte in Richtung der Grünen, er lasse es nicht zu, dass über die Stadtverwaltung gesagt werde, »wir wären systematische Baummörder«. Florian Uebelacker, Fraktionsvorsitzende der Grünen, hatte zuvor mit Blick auf den von der Verwaltung erarbeiteten Bebauungsplan festgestellt: »Die Motorsäge zieht ein in Friedberg. Das wollen wir Grünen nicht.« Am Ende einer hitzigen Debatte wurde der B-Plan für einen Teil der Housing Area aufgestellt – gegen die Stimmen der Grünen und der Linken.

Es geht um den Baublock zwischen Karlsbader Straße, Im Wingert und Am Dachspfad. Im Norden will die Friedberger Wohnungsbaugesellschaft Wohnhäuser errichten, in der Mitte bauen zwei private Investoren Reihen- und Mehrfamilienhäuser und im Süden wird die Stadt eine Kita bauen. Für diesen Teil wurde die Aufstellung des B-Plans beschlossen; der zweite Baublock, begrenzt durch die Tepler Straße, soll folgen.

Das Problem: Einige Bäume müssen den Häusern weichen. Während im Süden der Baumbestand laut Verwaltung »soweit wie möglich erhalten« bleiben soll (Keller: »Deshalb platzieren wir dort die Kita.«) und im Norden »eine größere Zahl« neuer Bäume angepflanzt werden kann, heißt es für den Mittelteil, die verdichtete Bauweise lasse »den Erhalt der Bäume nicht zu«, es würden aber neue in gleicher Zahl gepflanzt. 14 großkronige und zehn weitere Bäume würden laut der Vorlage der Verwaltung gerodet, hat Uebelacker gezählt.

Die Grünen hatten einen Änderungsantrag gestellt, verlangten, dass ein Teil der großkronigen Bäume planungsrechtlich als »zu erhalten« festgesetzt werden. Damit die Investoren nicht »tabula rasa« machen und »die Kettensäge anwerfen«, so Uebelacker. Es würden »riesige Biotopwerte vernichtet«, ein naturschutzrechtlicher Ausgleich sei innerhalb des Baugebiets nicht möglich, offenbar sei nur »unbedeutendes Begleitgrün« als Ersatz geplant, die Verwaltungsdevise laute »ungebremste Freiheit für die Investoren«.

Naturidylle und Baugelände zugleich: Auf dem westlichen Baublock der Housing Area müssen einige Bäume den Häusern weichen. Das sorgt für heftigen Streit. (Foto: ni

»Fundamentalistische Sicht«

Keller (»Wir sind keine Baummörder«) und der SPD-Fraktion ging diese Argumentation sichtlich gegen den Strich. Mit einer »fundamentalistischen Sichtweise« könne man keine Stadt entwickelt, sagte der Bürgermeister. »Wir wollen dort für fast alle gesellschaftlichen Gruppen Wohnflächen schaffen, wir wollen Passivhäuser bauen, wir wollen die städtische Bürgschaft über 4 Millionen Euro möglichst nicht anrühren. Sie müssen abwägen«, sagte er in Richtung der Grünen. Die Einwände könnten zudem im Rahmen der nun in Gang gesetzten Beteiligung der Öffentlichkeit diskutiert werden.

Viele der Bäume, darunter jede Menge Nadelhölzer, seien wenig erhaltenswert, sagte Winfried Ertl (UWG), die Grünen führten eine »Phantomdiskussion«. Die Stadt sei in der Pflicht, Wohnungen zu bauen. Achim Güssgen (FDP) nahm die Investoren gegen den Motorsägen-Massaker-Vorwurf in Schutz. Was die anpackten, sei meist besser als das, was die öffentliche Hand mache.

Was passiert eigentlich, wenn der Grünen-Antrag zum Tragen kommt, wollte der CDU-Fraktionsvorsitzende Olaf Beisel wissen. Springt dann ein Investor ab? Zweimal musste er fragen, bevor Keller nickte: »Dann ist der Vertrag geplatzt. Aber das sehe ich nicht.« Weil sich keine Mehrheit für den Grünen-Antrag abzeichnete. Keller wollte die Einwände gegen die Baumfällungen im Ausschuss diskutieren, was die Grünen aber ablehnten. »Wir haben uns vorgenommen, die anderen Parteien zu stellen«, erklärte Uebelacker. Sie sollen Farbe bekennen. Darauf drängte auch die CDU im weiteren Verlauf der Debatte. Die verstand den Versuch, den als lästig empfundenen Grünen-Antrag in den Ausschuss abzuschieben, nur als Ablenkung davon, dass die längst aufgekündigte rot-grüne Koalition trotz mancher Gemeinsamkeiten auch faktisch nicht mehr besteht. »Das ist Geeiere. Ich bitte um Abstimmung«, rief Rosa Maria Bey (CDU). Die Abstimmung kam und sie war eindeutig: SPD, CDU, UWG und FDP stimmten für den B-Plan, Grün und Linke lehnten ihn ab. Der Streit um z rettende oder zu fällende Bäume ist dam noch lange nicht zu den Akten gelegt.

Die beiden Baublocks der Housing Area. I der Mitte des westlichen sollen Bäume gefäll werden, im Süden sollen sie »soweit wie mög lich« erhalten werden. (Foto: Google Maps